Deutscher Bundestag
5. Wahlperiode

Drucksache V/2314

Schriftlicher Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Mittelstandsfragen (15. Ausschuß)

über den von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Förderung der Rationalisierung im Steinkohlenbergbau

— Drucksache V/2232 —

A. Bericht des Abgeordneten Russe (Bochum)

Der Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Förderung der Rationalisierung im Steinkohlenbergbau wurde in der 131. Sitzung des Deutschen Bundestages am 8. November 1967 dem Ausschuß für Wirtschaft und Mittelstandsfragen zur Beratung überwiesen.

Der Gesetzentwurf sieht vor, die technische Abwicklung des Darlehens- und Bürgschaftsprogramms des Rationalisierungsverbandes um drei Jahre zu verlängern. Die bisherige Praxis hat gezeigt, daß die in der geltenden Fassung des § 15 Abs. 3 des Gesetzes zur Förderung der Rationalisierung im Steinkohlenbergbau vom 29. Juli 1963 für die Beendigung der Darlehens- und Bürgschaftsaktion vorgesehene Frist bis zum 31. August 1968 zu knapp bemessen ist. Die meisten geförderten Maßnahmen, insbesondere der Bau von Steinkohlekraftwerken, erstrecken sich nämlich über mehrere Jahre. Um ein Scheitern des Kreditprogramms des Rationalisierungsverbandes zu vermeiden, soll der Gesetzentwurf es daher ermöglichen, im Rahmen des im Gesetz vorgesehenen Kreditplafonds Darlehenstranchen auch noch nach Ablauf dieser Frist zu gewähren. Eine materielle Ausweitung der Finanzierungstätigkeit des Rationalisierungsverbandes ist damit nicht verbunden.

Der Ausschuß für Wirtschaft und Mittelstandsfragen empfiehlt dem Hohen Hause, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Bonn, den 29. November 1967

Russe (Bochum)
Berichterstatter

Ausschußantrag umseitig

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53 Bonn
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg, Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. 6 35 51

B. Antrag des Ausschusses

Der Bundestag wolle beschließen,

den Gesetzentwurf — Drucksache V/2232 — unverändert anzunehmen.

Bonn, den 29. November 1967

Der Ausschuß für Wirtschaft und Mittelstandsfragen

Dr. h. c. Menne (Frankfurt)	**Russe (Bochum)**
Vorsitzender	Berichterstatter